

Protokoll Nr. 15 (2023-2027) über die öffentliche Sitzung des Beirates Hemelingen

Sitzungstag: 19.08.2024 Sitzungsbeginn: 19:30 Uhr Sitzungsende: 21:30 Uhr Sitzungsort:
Ortsamt Hemelingen
Goedehardstraße 19
Sitzungssaal (1. Etage)

Anwesend:

Vom Ortsamt

Jörn Hermening
Armin Willkomm

Vom Beirat

Susanne Alm
Berfin Ataç
Kerstin Biegemann
Ralf Bohr
Jens Dennhardt
Heinz Hoffhenke
Hans-Peter Hölscher
Yunas Kaya
Dr. Christian Kornek
Elisabeth Laß
Mine Müller
Waltraut Otten
Sebastian Springer
Ingo Tebje
Christa Wilke
Reinhard Zwilling

Referent: innen / Gäste

Rebekka Warnecke und Steffen Nadrowski (Senatorin für Arbeit und Soziales)
Andreas Kaireit (VaDiB, stellvertr. Vorsitzender)
René Bues (Jobcenter Geschäftsstellenleiter Ost I)
Jobst von Schwarzkopf (ASB)

sowie weitere am Stadtteilgeschehen interessierte Personen

TOP 1: Rückmeldungen

TOP 2: Arbeitsmarktförderung

TOP 1: Rückmeldungen

Rückmeldung des Sozialressorts zum Beschluss „Kürzung in der Arbeitsförderung“ vom 3. Juli 2024:

*Sehr geehrte Ortsamts-Vertreter:innen,
sehr geehrte Beiräte,
wir freuen uns, Ihnen mitteilen zu können, dass das Jobcenter Bremen alle für die zweite Jahreshälfte beantragten Arbeitsgelegenheiten bis zum 31. Dezember 2024 umsetzen kann. Dies wird ermöglicht durch große Einsparungen im Verwaltungshaushalt des Jobcenters und entsprechender Umschichtung in den Eingliederungstiteln.*

Darüber hinaus ist es in intensiven Abstimmungen zwischen dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS), der Bundesagentur für Arbeit und dem Land Bremen gelungen, weitere Lösungsansätze zu finden. Diese Lösungsansätze sehen vor, dass das Jobcenter als Vorgriff auf das Haushaltsjahr 2025 weitere Bundesmittel nutzen darf. Damit ist es möglich, arbeitssuchende Menschen sowohl bei der Weiterbildung als auch beim (Wieder-)Einstieg in den Arbeitsmarkt zu fördern. Auch Qualifizierungen, die zu einem vollwertigen Berufsabschluss führen, können nun zeitnah wieder angeboten werden. Es versteht sich von selbst, dass insgesamt für diesen Bereich ein Agieren mit Augenmaß erforderlich ist.

Nicht alle Instrumente des Jobcenters waren von der Finanznot betroffen, weil sie bereits durch bestehende Verträge abgesichert waren. Dies betrifft z.B. Maßnahmen für junge Menschen unter 25 Jahren, außerbetriebliche Berufsausbildungen, Einstiegsqualifizierungen, assistierte Ausbildung und viele weitere Maßnahmen bei Trägern, die speziell für junge Menschen eingekauft wurden. Auch für Frauen und Frauen mit Fluchterfahrung gibt es weiterhin spezielle Maßnahmen mit zusätzlicher Kinderbeaufsichtigung. Insgesamt kann das Jobcenter Bremen also auch im zweiten Halbjahr 2024 einen ausgewogenen Fördermix für die vielfältigen Zielgruppen anbieten.

Uns ist zudem bewusst, dass wir bei der Arbeitsmarktintegration von Menschen mit hohem Unterstützungsbedarf ab dem Jahr 2025 aller Voraussicht nach großen strukturellen Herausforderungen gegenüberstehen werden, die angesichts der finanziell angespannten Lage in Bremen und der engen Vorgaben für Mittel auf Bundes- und Europa-Ebene nicht von der Kommune aufgefangen werden können.

Um diesen Herausforderungen zu begegnen, wird eine vorbereitende Arbeitsgruppe der Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration mit Beteiligung des Jobcenters und der Arbeitsagentur bereits kurzfristig zusammenkommen und erste Handlungswege erarbeiten. Diese werden in eine ressortübergreifende Steuerungsrunde der Senatskanzlei einfließen.

Hierbei geht es vorrangig um die strategische Planung und Sicherung der arbeitsmarktpolitischen und sozialen Strukturen in den Quartieren. Vor dem Hintergrund der hohen Bedeutung der Maßnahmen für die Menschen selbst als auch für die Stadtteile und Quartiere und nicht zuletzt auch für die Träger werden wir uns bemühen, die Folgen der zu erwartenden finanziellen Einschnitte abzumildern.

Dieser Prozess wird kein einfacher sein und er wird vor allem auch etwas Zeit brauchen. Wir bitten Sie deshalb um Geduld.

*Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag
Sara Bergemann
Leiterin des Senatorinnenbüros*

*Freie Hansestadt Bremen
Die Senatorin für Arbeit, Soziales, Jugend und Integration*

TOP 2: Arbeitsmarktförderung

Einleitung:

Jobst von Schwarzkopf bedankt sich beim Beirat für die Thematisierung. Die aktuelle Situation beschäftigt die Träger sehr.

Steffen Nadrowski: Er ist zuständig für soziale Stadtentwicklung, z.B. WIN, Lebendige Quartiere, aber auch für die Arbeitsmarktförderung.

Rebekka Warnecke: Auch die Beiräte Huchting und Osterholz befassen sich mit dem Thema und am Donnerstag wird es auch auf der Beirätekonferenz aufgerufen.

Die Quartiersbezüge in der Arbeitsmarktförderung sind durchaus sehr wichtig. Die Situation ist sehr ernst. Es läuft ein Gesamtseatsseitiger Prozess. Da fast alle Ressorts betroffen sind leitet die Senatskanzlei den Prozess. Dennoch muss mit der Lage umgegangen werden.

Die schlechte Nachricht für die heutige Sitzung ist, dass es erst sehr wenige Antworten für die offenen Fragen gibt. Die Gute ist, dass es nicht zu spät ist die Anregungen aus dieser Sitzung noch in den Prozess mit einfließen zu lassen.

Fragen/ Diskussion:

Dr. Christian Kornek: Wie ist es zu der Situation gekommen und wie wird das in Zukunft verhindert?

AW Herr Bues: Wie bereits angekündigt können noch keine Lösungen präsentiert werden, aber die Prozesse laufen und die Geschäftsstellen sind beteiligt.

Die Situation kam auch für die Jobcenter überraschend und ist hoch problematisch für die Arbeit in den Häusern. Alle beteiligten Ressorts arbeiten zusammen mit den Geschäftsstellen an Lösungen.

Ralf Bohr: Durch den Zugriff auf die Mittel von 2025 wurde ja nur Zeit erkaufte und das Problem vertagt. Wie ist die Strategie für das nächste Jahr? Wenn AGH-Stellen und geförderte Sozialversicherungspflichtige Stellen wegbrechen ist das ein großes Problem für diesen Stadtteil.

AW René Bues: Vorgriff auf die Mittel für 2025 ist ein Novum. 1,5 Millionen € sollen durch Jobcenterinterne Maßnahmen für 2025 eingespart werden.

Bezüglich des Maßnahmenmanagements ist er nur bedingt sprechfähig. Auf der Beirätekonferenz wird jedoch die Geschäftsführung vertreten sein und kann entsprechend Auskunft geben.

Ingo Tebje: Drei Gruppen sind von den Kürzungen betroffen. Quartiere, Beschäftigte, Träger. Verschlimmert sich die Lage in 2025 weiter? Wie kann auf andere Töpfe zugegriffen werden um die aktuellen Entwicklungen abzufedern?

AW René Bues: Das ist korrekt. Es wäre auch sehr problematisch die bestehenden Strukturen zu verlieren und dann neu aufbauen zu müssen. 2025 wird definitiv herausfordernd.

AW Frau Warnecke: Die aktuell dargestellten Faktoren werden mit den Ressorts bewertet, um zu schauen welche AGHs noch aufrecht gehalten werden können. Dabei wird beachtet, welche Zielgruppen, in welchen Quartieren, mit welchem gesellschaftlichem Einfluss (z.B. auch indirekte Einflüsse durch Mittagstische, Fahrdienste etc.) wirken. Es gibt keine zusätzlichen Töpfe, aber das bedeutet nicht, dass nicht noch welche gefunden oder gebildet werden können.

AW Herr Nadrowski: Andere Töpfe können theoretisch natürlich schon angezapft werden und wir schauen auch rechts und links. Es wird sich bei allen Überlegungen auch durchaus damit befasst, was in den Quartieren tatsächlich passiert und nicht stur nach der klassischen Arbeitsmarktpolitik verfahren. Wir fragen uns welche Möglichkeiten es gibt, damit lokal Infrastruktur entwickelt und damit auch Integration verwirklicht werden kann. Das ist jedoch keine kurzfristige Perspektive. Man versucht aber sich breiter für die Zukunft aufzustellen, um die Infrastruktur in den Quartieren dann auch dauerhaft zu erhalten.

Andreas Kaireit: Der Fokus wurde aus dem Publikum und von den Vorredner:innen schon richtig gesetzt. Es geht um die Betroffenen und um Teilhabe an der Gesellschaft. Kürzung hat natürlich aber auch Auswirkungen auf die Quartiere. Das können die Träger im Einzelnen sogar viel besser beschreiben. Weniger Nachfrage nach Maßnahmen führt natürlich auch dazu, dass die Träger weniger Personal und weniger Räumlichkeiten etc. benötigen und versorgen können. In Gesprächen mit dem Jobcenter konnte man sich bereits auf vertrauensvolle Weise austauschen. Nichtsdestotrotz bleibt die Situation für viele Träger existenzbedrohend. Zeit wurde gekauft und jetzt geht es darum für 2025 zu planen. Aber die Träger werden kürzen müssen. Sie werden Mitarbeiter:innen kündigen und Mietverhältnisse beenden müssen. Das nächste Jahr ist schon bald. Die Träger brauchen bis zum 30.09.2024

verbindliche Aussagen, damit sie sich 2025 verschlanken und so ggf. überleben können. Frage an das Jobcenter und die Kommune: Sollen die Maßnahmen mit dem Rasenmäher gekürzt werden oder sollen Schwerpunkte gesetzt werden?

AW Rebekka Warnecke: Sie nimmt für das Sozialressort gemeinsam mit Staatsrätin Treu an den Sitzungen des VaDiB teil um zu ermitteln wer welche Bedarfe hat. Dabei ist der 30.09.2024 durchaus auch die Timeline der Behörde. Jeden zweiten Tag sitzen die verschiedenen Ressorts zusammen und sind fast ausschließlich mit diesem Thema befasst um im gesteckten Zeitrahmen eine vernünftige Entscheidungsgrundlage zu erarbeiten und den Jobcentern einen guten Vorschlag vorlegen zu können.

AW René Bues: Die Zeitschiene bis zum 30.09.2024 ist auch die Zeitschiene des Jobcenters. Die Betroffenen sollen möglichst zeitnah informiert werden. Auch im Jobcenter gibt es zweimal wöchentlich einen Austausch und die Beratschlagung zu aktuellen Prognoserechnungen. Die Prozesse für die Zukunft werden hierbei entsprechend berücksichtigt.

Mine Müller: Sie ist Betriebsratsvorsitzende vom bras e.V. Die Nachricht, dass AGH-Maßnahmen ab sofort nicht mehr verlängert werden, war eine Katastrophe – für den Träger und für die betroffenen Menschen. Die aktuelle Maßnahme ist nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Anfang 2025 wird die Bombe platzen. Bei bras e.V. bekommen sie keine direkten Informationen von den Jobcentern. Sie versuchen dennoch die Beschäftigten zu beruhigen. In den kommenden Monaten wird es jedoch zu vielen betriebsbedingten Kündigungen geben. Was ist also vorgesehen ab 2025? Und warum wurden so viele Bildungsgutscheine ausgegeben?

AW René Bues: Es ist kein Geld im Eingliederungstitel (EGT) verschwunden. AVGS (Bildungsgutscheine) wurden bedient wie alle anderen Produkte auch.

Elisabeth Laß: Es wurde konstruktiv eine Überbrückungslösung gefunden. Sie würde sich für den sich anschließenden Prozess wünschen, dass dieser genauso konstruktiv abläuft. Herr Bues hatte von internen Einsparungen gesprochen – was könnte das sein? Personal? Was kann denn da noch gehen?

AW René Bues: Durch die Verlangsamung von Stellenbesetzungsverfahren, bei Dienstreisen und bei Qualifizierungen kann man z.B. versuchen Mittel und Wege zu finden um 1,5 Millionen € einzusparen.

Jobst von Schwarzkopf: Kooperation zwischen ihm und den Jobcentern Ost I und II war immer gut. Der Beirat sollte jetzt in eine Situation gebracht werden, in der er gut entscheiden kann.

Gekürzt wurde im EGT. Dieser umfasst die §16e/i-Maßnahmen (Förderung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen), Arbeitsgelegenheiten (AGH) und Bildungsgutscheine (AVGS). Die Kosten der Bildungsgutscheine sind in die Höhe geschossen durch Inflation und Energiekosten. Worum es den Trägern jetzt aber eigentlich geht sind die AGH- und die §16e/i-Maßnahmen. In Bremen gibt es ca. 530 AGHs und 270 §16e/i-Maßnahmen. Der ASB hat in den letzten drei Jahren zwölf Menschen ins Berufsleben gebracht. Durch die Arbeitsmarktreform von 2005 gingen viele Menschen die früher von der Kommune finanziert wurden über ins SGB II. Der Unterschied war die Vorgabe von der Fähigkeit zu 15 Wochenstunden Arbeit. Das Land hat damals sehr viel Geld gespart. Für §16e/i-Maßnahmen gibt es eine „Lohnlückenförderung“. Die eingesparten Mittel könnte man hier jetzt einsetzen, aber es soll bereits nicht mehr verfügbar sein.

AW Rebekka Warnecke: Im Land Bremen spielen geförderte Arbeitsverhältnisse eine große Rolle. Durch das Teilhabegesetz stehen gemeinnützige Träger im Fokus. Daraus resultiert eine große Kostenentlastung für die Träger, die selbst zu 80% die Arbeitgeber für §16e/i-Maßnahmen sind. Das ist eine deutschlandweit einzigartige Struktur und hat große Auswirkungen auf die Quartiere.

Ralf Bohr: Der Paritätische hat eine Auswertung gemacht. Der EGT ist über die letzten Jahre geschrumpft und soll für 2026 erneut verkleinert werden. Im Landeshaushalt ist es auch nicht abbildbar, diese Lücke zu schließen. Gewissheit bis Ende September ist dringend notwendig, damit die Träger reagieren können. Wie soll das klappen? Wird jetzt eigentlich sichergestellt, dass die AGH-Stellen wenigstens an die Personen gehen, die die Maßnahme

auch antreten möchten? Oder werden auch noch – wie in der Vergangenheit – Menschen in AGHs geschickt, einfach damit sie aus dem System sind?

AW René Bues: Der Fokus wird von Qualifikation auf Integration verschoben und Kunden werden in der Regel nicht ohne Sinn in Maßnahmen orientiert.

Dr Christian Kornek: Wie wird es mit den Integrationszahlen weitergehen?

AW René Bues: Die Auswirkungen auf die Integrationszahlen sind kaum absehbar. Geförderte Integration durchläuft in vielen Fällen alle diese Förderstufen (AGH, AVGS und §16e/i-Maßnahmen), aber auch nicht immer. In der aktuellen Situation wird der Fokus verschoben auf Integration in den Arbeitsmarkt anstatt wie vorher auf Qualifikation, sodass es nicht unbedingt eine große Delle in der Statistik geben muss. Langfristig wird es aber gewisse Auswirkungen haben.

Jens Dennhardt: War der Bedarf höher als das Budget? Wie kommt es, dass die Budgetüberschreitungen nicht aufgefallen sind?

AW René Bues: Die Budgetansätze rechnen mit Maßnahmekosten und Laufzeiten. Es wurden Verbindungen eingegangen, die sich am Ende anders dargestellt haben als angenommen. Bei AVGS und §16e/i-Maßnahmen waren die Jobcenter sehr gut dabei. Auch was für die zweite Jahreshälfte geplant war ist schon umgesetzt. Da hätte man früher auf die Bremse treten müssen.

AW Rebekka Warnecke: Zusätzlich zu den Preisentwicklungen sind auch die Mittel des Jobcenters, des BAMF, des ESF für diese Förderperiode gesunken. Es gibt keine guten Nachrichten. Auch Einsparungen durch weniger geförderte Beschäftigung auf Seiten des Jobcenters sorgen durch die sinkenden Budgets nicht dafür, dass man automatisch mehr Geld zur Verfügung hat, wenn es jetzt weniger Verträge gibt.

Jens Dennhardt: Welche staatlichen Ebenen sind an der Lösungssuche beteiligt?

AW Rebekka Warnecke: Der Senat berät, aber die Lage bleibt sicher schwierig. Am Ende entscheidet das Jobcenter und das Sozialressort berät.

Yunas Kaya: Welche Träger sind in Hemelingen betroffen und welche davon fallen 2025 aus der Förderung?

AW René Bues: Der EGT 2025 ist noch unbekannt. Entsprechend ist es schwer zu beurteilen, was im nächsten Jahr möglich ist. Die Mittel sollen bedarfsorientiert eingesetzt werden. Die Schwerpunkte für das Integrationsprogramm 2025 werden mit den Trägern abgestimmt.

Andreas Kaireit: Im April hat es noch 750 AGH-Maßnahmen gegeben. Bis zum Februar 2024 waren es noch 900. VaDiB hat mitgeteilt, dass aktuell 636 AGH-Plätze bewilligt und davon 528 besetzt sind. Wie groß ist eigentlich noch der Anteil an AGHs in der Arbeitsmarktförderung?

AW René Bues: Wie groß der Anteil von AGHs am Produktportfolio ist kann er aus dem Kopf nicht beantworten, aber es ist schon ein sehr großer Anteil. Die genauen Zahlen stehen im Migrationsprogramm. Korrekt ist, dass es 750 AGH-Plätze gibt. Einige wurden schon heruntergefahren (50 zum 01.08.2024 und 50 weitere folgen zum 01.09.2024).

Jörn Hermening: Der Beirat ist anzuhören, wenn es um stadtteilbezogene Maßnahmen geht – das geht auch intern, sollte die Situation das erfordern. Allein nach Zahlen ist der Gesellschaftliche Impact auf den Stadtteil nur schwer zu beurteilen. Deshalb ist der Einbezug der Beiräte wichtig.

Anne Higgen (ASB): Solange der Löwenanteil durch das Jobcenter gefördert ist, ist die Lohndifferenz auch nicht in Gefahr?

AW Rebekka Warnecke: Sie geht davon aus, dass sie das wieder empfehlen wird.

Reinhard Zwilling: Der Finanzsenator hat seinen Laden nicht im Griff. Vielleicht gibt es dort Sparpotential. Es gibt Methoden wie man zu Geld kommen kann. Zum Beispiel hat der Beirat gerade das Herrenhaus im Schloßpark besichtigt. Die Immobilie steht da und verkommt. Das Gleiche passiert mit der Puddingschule, die Immobilie steht da und verkommt. Aus diesen Potentialen müssen auch Finanzmittel geschöpft werden. Werden die einzelnen Maßnahmen der Jobcenter vielleicht auch einmal auf Erfolg durchgesehen?

AW René Bues: Ja, Rechenschaft wird im Rahmen der Trägerversammlung abgelegt.

Berfin Ataç: Sie müssen jetzt zu einer Lösung kommen. Kommunizieren Sie denn da auch mit den Trägern in Bezug auf Hemelingen?

AW Andreas Kaireit: Ja, es finden regelmäßig diese Gespräche statt, in einer Arbeitsgruppe mit dem Ressort, der Staatsrätin, dem Jobcenter und allen anderen Beteiligten.

Susanne Alm: Es gibt offenbar viele Arbeitsgruppen, aber keine wo wirklich alle Beteiligten mit am Tisch sitzen?

AW Rebekka Warnecke: Nein nicht alle, aber die Ergebnisse werden dann immer an die jeweils betroffenen Arbeitsgruppen weitergegeben.

Susanne Alm: Ist der Zeitplan real?

AW Rebekka Warnecke: Das Ziel 30.09.2024 wird sehr ernst genommen.

Susanne Alm: Im Jobcenter soll an der Qualifikation gespart werden. Ist die nicht gerade da besonders wichtig? Führt das nicht nur zu neuen Problemen?

AW René Bues: Die Botschaft ist nicht: „Wir qualifizieren die Kolleg:innen nicht mehr.“ Es geht dabei nicht um Basisqualifizierungen, sondern um externe Zusatzausbildungen. Sobald die Kolleg:innen einen eigenen Bestand bekommen sind sie in der Regel auch gut vorbereitet und unterstützt. Es wird jetzt nur genauer hingeschaut: Ist das notwendig? Können wir das auch intern? Muss das jetzt sofort sein?

Kerstin Biegemann: Sie hat große Angst, dass Träger vom Markt verschwinden. Wenn Träger wegbrechen, wird das kaum wiederaufzubauen sein. Es wird geschaut, was entbehrlich ist. Gerade kleine Maßnahmen, die nicht in die Breite wirken, sieht sie dabei gefährdet. Nach welchen Kriterien wird dabei entschieden? In Hemelingen sind viele Menschen isoliert und besonders auf solche Maßnahmen angewiesen. Wie verhindert werden soll, dass das nicht passiert, ist ihr noch nicht klar. Gibt es danach einen Abschlussbericht, der aufzeigt, wo, was, mit welchen Auswirkungen eingespart wurde? Ortsamt und Beirat sollten tatsächlich unbedingt mit eingebunden werden. Der Ortsamtsleiter und wir kennen uns hier aus. Das ist ein ganz anderer Zugang als Sie vielleicht haben.

AW Steffen Nadrowski: Die Forderung nach der Einbindung des Beirats wird mitgenommen und Rückmeldung wird erfolgen.

Dr. Christian Kornek: Es gibt große Herausforderungen in Bremen. Die Gelder werden in ganz Deutschland gekürzt. Traurig, dass das auf Bremen zurückfällt.

AW Jens Dennhardt: Schön, dass sich CDU für Arbeitsmarktpolitik interessiert. Vielleicht färbt das ja auf die Bundesebene ab.

Ralf Bohr: Bildungsgutscheine wurden ausgegeben und die Maßnahmen haben ja auch stattgefunden. Es gibt auch weiterhin Bürger:innen die auf Qualifikation angewiesen sind. Wie geht es für diese Menschen weiter?

AW René Bues: Der Produktmix des Jobcenters orientiert sich an dem Kund:innenstamm. Es wird versucht für alle ein passendes Angebot vorzuhalten.

Ingo Tebje: Im Jobcenter wurde durchaus ein kapitaler Bock geschossen. Da fragt man sich schon, was das dort für personelle Konsequenzen haben wird. Jetzt soll Orientierung in den ersten Arbeitsmarkt in den Fokus gerückt werden, aber es gibt sehr viele Menschen, die auf unterstützende Maßnahmen angewiesen sind. Wie geht es für diese Menschen weiter?

AW René Bues: Menschen, die für den ersten Arbeitsmarkt nicht geeignet sind, sollen auch in Zukunft natürlich nicht komplett hinten runterfallen – Angebote können aber nur im Rahmen der Möglichkeiten gemacht werden.

Ingo Tebje: Wie kann jetzt umgesteuert werden, ohne dass die bestehenden Strukturen dabei wegbrechen? Wie kann man auch finanziell umsteuern?

AW René Bues: Das hängt von den Rahmenbedingungen ab. Die Situation mit dem kleineren EGT wäre jedoch 2025 ohnehin auf uns zugekommen.

Mine Müller: Ist es korrekt, dass 2023 vom Bundesministerium für Arbeit kommuniziert wurde, dass der Fokus auf Bildungsgutscheine gelegt wurde? Wurde das mit den Trägern besprochen?

AW René Bues: Die Vermittlung in Qualifikation wurde fokussiert, das heißt aber nicht, dass nur noch mit AVGS gearbeitet wurde. Eine AGH ist ebenfalls eine

qualifizierende Heranführung an den Arbeitsmarkt. Ein AVGS ist nur der letzte und höchste Schritt.

Jens Dennhardt: Man sollte bei dem gesamten Prozess mitdenken, was Bremen denn zusätzlich an Geld ausgeben müsste, wenn die durch die Maßnahmen erbrachten gesellschaftlichen Leistungen ausgeglichen werden müssen.

Andreas Kaireit: Stichwort: umsteuern. Der Abbau von Teilnehmer:innen ist ein längerer Prozess. Das Umsteuern wurde von der VaDiB bereits auf einer Veranstaltung vor einem Jahr als Forderung an die Kommune formuliert. Wie auch die Forderung an das Jobcenter sich entsprechend über die Ausrichtungen und Ausgestaltung von Maßnahmen Gedanken zu machen. Dabei wurde auch bereits die Frage aufgeworfen, wie die Arbeitsmarktnähe sichergestellt werden kann und andere Töpfe umsteuert werden können.

Gabi Dönselmann (Mobile?): Sie selbst hat gerade zwei unbesetzte AGH-Stellen im Haus. Vielleicht wurden die auch absichtlich zuletzt nicht besetzt. Was wird jetzt denn gerettet? Die aktuell besetzten oder die zugewiesenen Stellen?

AW René Bues: Unbesetzte AGH-Stellen hat es auch in der Vergangenheit schon gegeben. Es gibt keine Ansage diese Stellen nicht zu besetzen.

Beschlussvorschlag auf Anregung von Mine Müller:

Der Beirat Hemelingen erwartet eine Beteiligung von den zuständigen Stellen zum Vorschlag zur Fortschreibung der Arbeitsmarktförderung vor der abschließenden Entscheidung zum 30.09.2024. Die Kriterien für den Vorschlag sollen dem Beirat gegenüber offengelegt werden.

Abstimmungsergebnis: Zustimmung (einstimmig)

Herr Hermening bedankt sich bei den Gästen und den Beiräten.

Nächste Beiratssitzung

Die nächste Beiratssitzung soll am 19.09.2024 um 19:00 Uhr im Bürgerhaus Mahndorf stattfinden.

gez. Hermening
Vorsitzender

gez. Dr. Christian Kornek
stellvertr. Beiratssprecher

gez. Willkomm
Protokoll